

## Gleichheit und Gerechtigkeit „Gender-Pay-Gap“

Während das unbewältigte griechische Schuldendebakel längst von der politischen Entwicklung in der Türkei, dem wichtigsten „Partner“ der EU im Orient, überdeckt und völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt wird; Während Eurokrise und Schwierigkeiten mit dem vor uns liegende Brexit weiterhin schwelen und einer Lösung harren, gibt es andere wirtschaftlich relevante Themen, die kaum einmal aus dem Blick geraten. Die meisten davon haben mit „Gerechtigkeit“ zu tun.

Dazu muss man wissen, dass für die Sozialisten in allen Parteien (materielle) Gleichheit den höchsten Ausdruck irdischer Gerechtigkeit bedeutet. Nichts ist für sie schwerer zu ertragen, als eine ungleiche Verteilung des Wohlstands. Folgerichtig gilt Ihre Gleichheitsforderung auch für die *Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit*. Dass Einkommensungleichheiten, wie sie bei den Selbständigen ganz selbstverständlich auftreten, niemals Proteste der Gleichheitsfetischisten auslösen und dass die Hauptstromjournaliste dazu beredt schweigt, sei nur am Rande angemerkt. Unsere weisen Führer könnten ja immerhin gleiche Gewinne und damit Unternehmerlöhne dekretieren. Andererseits: Unternehmer sind selber schuld - sie hätten ja schließlich etwas lernen und dann Beamte werden können.

Ein Dauerbrenner und besonders heißes Eisen sind die mutmaßlich oder tatsächlich vorhandenen Unterschiede bei der Entlohnung von Frauen und Männern. Wie das Ungeheuer von Loch Ness, so tauchen auch die angeblich abenteuerlich weit auseinanderklaffenden Einkommen, die allein der Geschlechtszugehörigkeit geschuldet seien, immer wieder in der Berichterstattung auf. Der „Weltfrauentag“ ist eine gute Gelegenheit, die alte Klamotte von der geringeren Bezahlung der Frauen wieder einmal auf die Bühne zu bringen. Bis zu 22 Prozent (!) Lohndifferenz soll es sein. Ein Skandal!

Wahr ist: Wer Äpfel mit Birnen vergleicht, findet auf Anhieb Unterschiede. Die (so gut wie immer aus der linken Ecke stammenden) Kritiker der geschlechterspezifischen Einkommensunterschiede, begnügen sich in aller Regel mit einem recht oberflächlichen Vergleich von Kollektiven. Klar, wie könnten Kollektivistinnen auch anders? Die Gründe, die zu unterschiedlich ausfallenden Arbeitseinkommen und Pensionen führen, werden selten analysiert.

► So wird etwa nicht berücksichtigt, dass Frauen, speziell die formal bestgebildeten unter ihnen, dazu neigen, „weiche“ Berufe zu wählen, deren Entlohnung aufgrund ihrer niedrigeren Wertschöpfung geringer ausfällt. Dass deutlich mehr Männer als Frauen den Weg in die berufliche Selbständigkeit wählen, ist ein Faktum. Frauen, die als Entwicklungsingenieure in den Hochlohnbranchen von Fahrzeug- oder Maschinenbauindustrie tätig sind, findet man ebenso selten wie solche, die als Techniker in der Rohstoffförderung oder in der EDV arbeiten. Frauen zieht es auch weniger in den „harten“ aber gut bezahlten Verkaufsaußendienst als Männer.

Frauen ziehen Sprachausbildungen oder etwa das Studium von Politikwissenschaften, Soziologie oder Publizistik vor. Damit sind aber nun einmal keine Spitzeneinkommen zu erzielen - es sei denn, man schafft es, bei der Staatsindustrie unterzukriechen oder einen Job als Spitzenbeamter, Minister oder Bundeskanzler zu ergattern.

Bei den Lehrberufen zieht es junge Frauen nach wie vor in den besonders niedrig entlohnten Handel und ins Friseurgewerbe - Branchen mit extrem geringer Wertschöpfung. Gut bezahlte Starkstrommonteurinnen, Kranführerinnen oder Werkzeugmacherinnen findet man dagegen so häufig wie Einhörner.

► Frauen gehen (außer im öffentlichen Dienst) nach wie vor früher in Pension als Männer und verlieren damit – dem von den Gewerkschaften mit Zähnen und Klauen

verteidigten Senioritätsprinzip sei Dank – die einkommensstärkste Zeit, was auch für die Pensionshöhe von entscheidender Bedeutung ist.

► Nicht Männer, sondern Frauen - daran wird auch eine radikalfeministische Politik in den nächsten 100 Jahren nichts ändern können – bekommen nun einmal Kinder, was nicht ohne Bedeutung fürs Einkommen ist. Denn die für die Kinderbetreuung aufgewendete Zeit kann für die Berufskarriere entscheidende Nachteile bedeuten. Es liegt auf der Hand, dass nicht jedes Unternehmen seine Interessen stets mit denen seiner Dienstnehmerinnen in Einklang bringen kann. Daher können schon einmal Personalentscheidungen fallen, die zu Lasten einzelner Frauen gehen. Das mag aus der Perspektive der Betroffenen bitter sein, ist aber in betriebswirtschaftlicher Hinsicht billig und verständlich.

In jedem Fall ist es strikt abzulehnen, dass der Staat in private Betriebe hineinregiert, um ideologisch motivierten Gleichheitsphantasien Bahn zu brechen – etwa indem er Geschlechterquoten diktiert. Wenn also Harald Mahrer (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) Frauenquoten fordert - selbstverständlich nicht für Eisenbieger, Müllkutscher und Straßenpflasterer, sondern ausschließlich für Führungskräfte, so folgt das ausschließlich zeitgeistigen-linken Opportunitätsüberlegungen, die mit betrieblicher Realität nichts zu tun haben. Es handelt es sich um einen geradezu klassischen Fall einer Anmaßung von Wissen. Was weiß ein Staatssekretär, was für Betriebe, die er nicht gar kennt, gut ist? Das einzige für im Wettbewerb stehende Unternehmen relevante Kriterium bei der Personalauswahl ist die Qualifikation der/des Betreffenden. Ob ein(e) Stellenwerber(in) männlich, weiblich, groß oder klein, jüdisch oder christlich ist, spielt keine Rolle. Nur seine/ihre Eignung für die zu besetzende Stelle ist von Gewicht. Quotenregeln, gleich welcher Natur, stellen einen unerhörten Eingriff in das Vertragsrecht dar.

Sind Quoten, die auf die persönliche Eignung von Stellenwerbern naturgemäß keine Rücksicht nehmen, schon im öffentlichen Dienst mehr als fragwürdig, wird es gänzlich unerträglich, wenn es um private Betriebe geht, deren berechtigtes Interesse ausschließlich im Unternehmenserfolg besteht – ja *bestehen muss!*

Es mag noch so banal klingen: Kein Mensch auf der Welt kann alles zugleich haben. Die gesamte, eng begrenzte Zeit des Lebens, besteht daher aus einer Abfolge von Präferenzentscheidungen. Risikolose, anstrengungsfreie (Innendienst)Tätigkeit, Mutterglück *und* ein hohes Einkommen sind eben nicht oder nur sehr schwer im selben Leben zu haben. Die gute Nachricht ist: *Die Frauen haben die Wahl*. Sie können frei darüber entscheiden, was ihnen wichtiger ist: Die sichere, ruhige Kugel mit mäßigem Salär oder der risikoreiche Stressjob mit hohem Entgelt. Mutterschaft oder berufliche Karriere.

In welchen Stein steht gemeißelt, dass es Staatsaufgabe wäre, den eitlen Versuch zu unternehmen, weiblichen Angestellten das alles zur selben Zeit zu garantieren?

Der Gouvernantenstaat leistet den Interessen karriereorientierter Frauen langfristig einen Bärendienst, wenn er der Bildung einer Kaste von Quotentrapeln Vorschub leistet. Tüchtige Frauen haben es nicht verdient, ihre Erfolge deshalb relativiert zu sehen, weil sie auf eine staatliche Affirmative-action-Politik zurückgeführt werden. Tüchtige Frauen stehen auch ohne den Staat als Zuhälter ihren Mann. Auch unter harten Wettbewerbsbedingungen.

[a.toegel@atomed.at](mailto:a.toegel@atomed.at)